

# Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt  
für Wahrheit, Recht und Freiheit  
mit Unterhaltungsbeilage Die illustrierte Zeit  
und Sonntagsbeilage Feierabend

**Wagnispreis:**  
Abgabe A mit 2 Beilagen dreiwöchentlich 2,10 M. in  
Sachsen und ganz Deutschland frei Haus 2,50 M.;  
in Österreich 4,40 K.  
Abgabe B nur mit Feierabend dreiwöchentlich 1,90 M. in  
Sachsen und ganz Deutschland frei Haus 2,20 M.; in  
Österreich 4,07 K. — Einzelnummer 10 J.  
Wochentags erscheint die Zeitung regelmäßig in den ersten  
Nachmittagsstunden; die Sonntagsnummer erscheint später.

**Wagnis!**  
Annahme von Geschäftsbestellungen bis 10 Uhr, von Familien-  
angelegenheiten bis 11 Uhr.  
Preis für die Zeitungsbeilage 20 J. im Westmeier 60 J.  
für unbeschnittene, sowie durch Fernsprecher an-  
gegebene Ausgaben können nur die Bestimmung für die  
Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.  
Redaktions-Sprechstunden: 10 bis 11 Uhr vorabends.  
Für Abgabe einzelner Exemplare macht sich die Redaktion  
nicht verantwortlich; Wagnisung erfolgt, wenn Abgabe Be-  
tragt u. die Abgabe in der Redaktion erfolgt.

Nr. 97      Geschäftsstelle und Redaktion      Mittwoch den 29. April 1914      Fernsprecher 21366      13. Jahrg  
Dresden-N. 16, Holbeinstr. 46

**Holsteiner Cervelat- oder Salamiwurst Pfd. nur 1.25 Mk.**  
Fernsprecher 14331. **Wilhelm Odenwald, Dresden-A., Wilsdruffer Str. 19.**  
Versand frei nach allen Stadtteilen.

**„Abwehrversammlung“**  
des nationalliberalen Reichsvereins  
Mittwoch den 29. April, abends 1/2 9 Uhr  
im Tivoli.

Der Einladung des Reichsvereins will der  
Zentrumsverein Folge leisten: Zentrumsanhänger  
und Katholiken erscheint auch dort zur Vertei-  
digung Eurer gerechten Sache.  
Ganisch, 1. Vorsitzender.

## Reichstagsjorgen

Nach einem Ferienmonat schließt sich der Reichstag an,  
die letzten Arbeiten vor den großen Sommerferien zu tun.  
Der die Arbeitsart des Reichstages kennt, weiß, daß er  
während der kurzen Sommertagung aus einem schnellen  
Tempo bald in einen rasenden Galopp verfällt; aber auch  
der eifrigste Wille und die größte Hast werden ihm eine  
Erledigung des ihm noch obliegenden Arbeitspensums nicht  
ermöglichen. Damit hat sich der Reichstag auch schon abge-  
funden; ihm liegt nur daran, daß bis zur großen Sommer-  
pause wenigstens noch die wichtigsten und dringlichsten  
Vorlagen erledigt werden. Dabei muß aber auch wieder  
berücksichtigt werden, daß der Reichstag, der im vorigen  
Jahre bis zum Juli zusammengehalten worden ist, diesmal  
mit Recht beansprucht, vom Himmelfahrtstage an frei von  
der anstrengenden Arbeit im Ballotbau zu sein, damit die  
Abgeordneten sich ihren beruflichen Pflichten und ihrer  
familiären widmen und auch die ihnen zukommende Erholung  
genießen können. Regierung und Reichstag müssen sich  
darum nach Möglichkeit darüber verständigen, welche Vor-  
lagen bis zum Sommer erledigt werden sollen, was um so  
näher erscheint, als die Schließung des Reichstages wahr-  
scheinlich als seine Vertagung erscheint. Neben der Be-  
sorgungsnovelle und dem Altpensionärgesetz kämen hier  
vor allem noch das Kennzeichengesetz, das Spionage- und  
kolonialgerichtsgesetz, das Postdampfergesetz und der Ver-  
trag zum Schutz des menschlichen Lebens auf See sowie  
das Sonntagsgesetz und Konkurrenzklauselegesetz in Be-  
tracht. Man geht in der Annahme wohl nicht fehl, daß die  
kurze Sommertagung des Reichstages sich recht hübsch  
gestalten wird, denn es liegt mancher Konfliktstoff vor. Ganz  
abgesehen von der Vertimmung, die sich eines großen  
Teiles des Reichstages wegen der offiziellen Drohung, das  
Haus schließen zu wollen, damit die Abgeordneten nicht im  
Besitz der Freisahrtarten bleiben, bemächtigt hat, liegt zu  
einer Reihe von Gesetzentwürfen, die von den Kommissionen  
schon weit gefördert worden sind, ein Unannehmliches der  
verbündeten Regierungen vor. Es ist wenig wahrscheinlich,  
daß das Einverständnis der Abgeordneten mit einer Schlie-  
ßung des Reichstages durch diese Regierungserklärungen  
eher erreicht wird. Dann aber sind im Reichstage noch die  
zwei wichtigsten Etats der Heeresverwaltung und des Aus-  
wärtigen Amtes zu beraten, für die gerade jetzt allgemeines  
Interesse vorhanden ist. Der Reichskanzler wird nicht un-  
hin können, die Stellung der Reichsregierung zu den Be-  
schlüssen der russischen Duma über die Getreidezufuhr aus  
Deutschland zu kennzeichnen und man wird nicht fehlgehen  
in der Annahme, daß es bei dieser Gelegenheit auch zu  
scharfen Auseinandersetzungen über die Getreideausfuhr-  
scheine kommen wird. Es wird aber an den Kanzler auch  
wohl das Verlangen gestellt werden, über den Zweck des  
Besuches des Schatzsekretärs bei den süddeutschen Staats-  
regierungen einige Aufklärungen zu geben, inwiefern man  
allgemein wenig geneigt ist, an den Höflichkeitsschleier  
dieser Besuche zu glauben. Tatsache ist doch, daß uns das  
abgelaufene Rechnungsjahr 1913 unangenehm enttäuscht  
hat, da die Steuern und Zölle gegenüber dem Voranschlag  
einen Fehlbetrag von 5 Millionen Mark ergeben haben,  
den auch die Ueberschüsse der Reichspost und Reichseisen-  
bahn nicht decken werden. Darum ist die Annahme nicht

**Projektionsapparate**  
für Schule und Haus  
Effekt-Bogenlampenkohlen  
Billige Lichtbilder-Leihserien  
Carl Plaut, Kgl. u. Prinzl. Hofl.  
Dresden, Wallstraße 25.

ganz unbegründet, daß der Reichsschatzsekretär trotz aller  
offiziellen Ablehnungen bei den Bundesstaaten vertrau-  
lich angefragt hat, ob und wie sie geneigt seien, in Zukunft  
solchen unliebsamen Enttäuschungen vorzubeugen. Zudem  
kommen auch die Rüstungsminister nicht zur Ruhe und  
immer von neuem tritt das Gerücht auf, Kriegs- und  
Marineminister verspürten neuen Appetit nach Soldaten  
und Schiffen und für die Aufstellung von zwei neuen  
Armee-Korps im Osten würden bereits die Stäbe gebildet,  
weil für einen Angriff von Rußland her uns nur 4 Armee-  
korps zur Verfügung ständen, wenn wir gleichzeitig gegen  
Westen die ausreichende Deckung besitzen wollen. Nach den  
kräftigen Beschlüssen des letzten Jahres wird allerdings  
manch einer Interesse daran haben, vom Kanzler und  
Kriegsminister die Versicherung zu erhalten, daß im  
nächsten Herbst nicht schon wieder neue Deeres- und Flotten-  
vorlagen des deutschen Steuerzahlers harren.

## Sächsischer Landtag

Dresden, den 29. April 1914

Erste Kammer.

Die Erste Kammer erledigte heute in ihrer 31. öffent-  
lichen Sitzung im Gegenwart des Prinzen Johann Georg  
und des Finanzministers v. Seydewitz eine größere Anzahl  
von Eisenbahnangelegenheiten.  
Nitzergutsbesitzer Dr. Decker-Rötterich referierte  
zunächst als Berichterstatter der Mehrheit über das Königs-  
liche Dekret Nr. 18 unter A 2 und Titel 40 des außerordent-  
lichen Staatshaushaltsetats für 1914/15, Herstellung einer  
vollspürigen Nebenbahn von Wiesenburg (Sachsen) nach  
Wilsdruff betreffend, über die Petitionen des Gemein-  
derates zu Lugau um Erbauung dieser Bahn bis Reudnitz,  
über die Petitionen des Ausschusses für die Erbauung der  
Bahnstrecke Zwickau-Reudnitz-Wilsdruff und Genossen  
um Erbauung dieser Bahn und über die Petition des  
Stadtgemeinderates zu Wilsdruff um Herstellung einer  
vollspürigen Nebenbahn von Wiesenburg (Sachsen) nach  
Wilsdruff und Bewilligung der angeforderten Mittel.  
Unter Zurücknahme des Antrages bezüglich der Petitionen  
um Erbauung einer Eisenbahn Zwickau-Reudnitz-Wil-  
druff beantragt die Deputationsmehrheit: Die Kammer  
wolle beschließen: 1. Die Herstellung einer vollspürigen  
Nebenbahn von Wiesenburg (Sachsen) nach Wilsdruff  
anzunehmen und die hierzu als erste Rate unter Titel 40 des  
außerordentlichen Staatshaushaltsetats für 1914/15 ein-  
gestellten 500 000 Mark zu streichen; 2. die Petitionen des  
Gemeinderates zu Lugau um Erbauung einer Bahn von  
Wiesenburg über Wilsdruff nach Reudnitz und die Pe-  
titionen des Ausschusses für Erbauung der Bahnstrecke  
Zwickau-Reudnitz-Wilsdruff und Genossen um den  
Bau dieser Bahn auf sich beruhen zu lassen; 3. die Petition  
des Stadtgemeinderates zu Wilsdruff um Herstellung einer  
vollspürigen Nebenbahn von Wiesenburg (Sachsen) nach  
Wilsdruff und Bewilligung der angeforderten Mittel durch  
die gefaßten Beschlüsse für erledigt zu erklären.  
Vizepräsident Oberbürgermeister Dr. Deutler be-  
trugte namens der Deputationsminderheit: Die Kammer  
wolle in teilweiser Uebereinstimmung mit der Zweiten  
Kammer beschließen: 1. unter der Voraussetzung, daß das  
erforderliche Land dem Staate mientgestlich zur Verfügung  
gestellt wird, sich mit der Herstellung einer vollspürigen  
Nebenbahn von Wiesenburg (Sachsen) nach Wilsdruff ein-  
verstanden zu erklären und hierzu als erste Rate 500 000  
Mark unter Titel 40 des außerordentlichen Staatshaushalt-  
setats für 1914/15 zu bewilligen; 2. die Petitionen des  
Gemeinderates zu Lugau um Weiterführung dieser Neben-  
bahn bis Reudnitz zurzeit auf sich beruhen zu lassen; 3.  
die Petitionen des Ausschusses für Erbauung der Bahn-  
strecke Zwickau-Reudnitz-Wilsdruff und Genossen um  
den Bau dieser Bahn auf sich beruhen zu lassen und 4. die  
Petition des Stadtgemeinderates zu Wilsdruff um Her-  
stellung einer vollspürigen Nebenbahn von Wiesenburg

**Kunstverglasungen und Glasmalereien**  
für Kirchen und Villen.  
Entwürfe u. Anschläge kostenlos. — Reparaturen billigst.  
Horst Heymann, Dresden-Wölfnitz.  
Tel. 21705 u. 20993.

(Sachsen) nach Wilsdruff und Bewilligung der angefor-  
derten Mittel durch die gefaßten Beschlüsse für erledigt zu er-  
klären. Der Herr Referent ging besonders ausführlich auf  
die Vorgeschichte des Baues ein und trat mit warmen Wor-  
ten für die Regierungsvorlage ein, für welche sich übrigens  
auch die Zweite Kammer erklärt habe. Wenn die Regie-  
rungsvorlage abgelehnt werde, dann lasse sich heute über-  
haupt nicht absehen, wenn der Wunsch der Wilsdruffer nach  
einer Bahn erfüllt werden könne.

Staatsminister v. Seydewitz verweist darauf, daß  
das hohe Haus erst kürzlich für die große Dringlichkeit eines  
Bahnprojektes eingetreten sei, daß von der Regierung durch-  
aus nicht für so dringlich gehalten werde. Angesichts die-  
ser Tatsache möchte er die Kammer doch bitten, für die Re-  
gierungsvorlage zu stimmen.

Kommerzienrat Dr. Knecker-Chemnitz betont,  
daß eine Rentabilität der Bahn nicht zu erwarten sei. Viel-  
leicht könne man die Wünsche der Wilsdruffer durch die  
Schaffung anderer Verkehrsmöglichkeiten erfüllen. Ein-  
schleuswert sei zum Beispiel auch der Bau einer elektrischen  
Bahn, ebenso seien in neuester Zeit ganz andere und vor-  
teilhafte Verkehrsmöglichkeiten, die Automobilverbindun-  
gen, geschaffen worden. Die Frage einer Automobilverbin-  
dung sei in der Deputation so gut wie gar nicht erörtert  
worden. Man könne eine derartige Verbindung schon für  
einen Bruchteil des Geldes schaffen, das die Bahn kosten  
solle. Hierzu genügt auch schon 100 000 Mark.

Oberbürgermeister Keil-Zwickau hebt hervor,  
daß man sich auch der finanziellen Verantwortung des Projektes  
bewußt sein müsse. Er wolle keine Kirchhofspolitik treiben  
und es stehe zweifellos fest, daß der wirtschaftliche Vorteil  
bei dem Bau der Linie sehr gering sein werde. Er bitte  
das Haus, dem Votum der Mehrheit zuzustimmen.

Präsident a. D. v. Kirchbach weist darauf hin,  
daß bereits jetzt 30 Jahre lang um diese Eisenbahn gekämpft  
werde. Schließlich müsse man nun endlich einmal an den  
Bau der Bahn herantreten. Die Bahn liege im Interesse  
des Staates und der Bau werde auch billig.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung des Minder-  
heitsgutachtens mit 23 gegen 13 Stimmen, so daß also die  
Regierungsvorlage über den Bau der Bahn abgelehnt wor-  
den ist. Prinz Johann Georg stimmte hierbei mit der  
Minderheit, er trat also für die Regierungsvorlage ein.

Wirkl. Geheimrat Rat Dr. Mehnert berichtete  
dann über Kapitel 16 Titel 21 des ordentlichen Etats für  
1914/15, betreffend die Erweiterung des Bahnhofs Ober-  
hausen. Er beantragte namens der zweiten Deputation: Die  
Kammer wolle in Uebereinstimmung mit der Zweiten Kam-  
mer beschließen, die in Kapitel 16 des ordentlichen Staats-  
haushaltsetats für 1914/15 unter Titel 21 eingestellte  
Summe von 291 000 Mark, gemeinjährig und künftig weg-  
fallend 145 500 Mark für die Erweiterung des Bahnhofs  
Oberhausen nach der Vorlage zu bewilligen.

Die Kammer schloß sich einstimmig und ohne Debatte  
dem Antrage des Referenten an.

Derselbe Berichterstatter referierte dann über Titel 12  
des außerordentlichen Staatshaushaltsetats für 1914/15,  
betreffend den Umbau der Strecke Chemnitz-Kappel und  
teilweisen Umbau des Bahnhofs Chemnitz (neunte Rate).  
Sein Antrag ging dahin, die Kammer wolle in Ueberein-  
stimmung mit der Zweiten Kammer beschließen, die bei  
Titel 12 des außerordentlichen Staatshaushaltsetats für  
1914/15 geforderte Summe im Betrage von 370 000 Mark  
als neunte Rate für den Umbau der Strecke Chemnitz-Kap-  
pel und teilweisen Umbau des Bahnhofs Chemnitz nach der  
Vorlage zu bewilligen.

Oberbürgermeister Dr. Sturm-Chemnitz dankte der  
Staatsregierung für die Schaffung eines Zuganges zum  
Bahnhofs. In die Freude sei allerdings ein Wehrmü-  
tropfen gefallen, da die Stadt zur Beitragsleistung heran-  
gezogen worden sei.